

Medienmitteilung vom 26. April 2016

Studierende sind keine politischen Spielbälle

Die Jungfreisinnigen Basel-Stadt begegnen der Idee der Universität Basel, 3000 Jus- und Wirtschaftsstudenten nach Liestal zu zügeln, mit Unverständnis. Die Studierenden sollten nicht für politische Hahnenkämpfe instrumentalisiert werden und deswegen einen zeitlichen und finanziellen Mehraufwand auf sich nehmen müssen.

Die JFBS stehen dem von Ulrich Vischer bekanntgegebenen Vorschlag, sowohl die Jus- als auch die Wirtschaftsfakultät neu in Liestal anzusiedeln, kritisch gegenüber. Das Unverständnis der Studierenden teilen wir und möchten deshalb im Folgenden die Gründe für unsere klar ablehnende Haltung aufzeigen.

Da in Liestal aufgrund der beschränkten Kapazität keine Vorlesungen abgehalten werden können, müssten sowohl Studierende als auch Dozierende täglich zum Teil mehrere Zugfahrten auf sich nehmen - nicht zu vergessen, dass Seminare und Vorlesungen oft nacheinander stattfinden. Somit geht den Studierenden wertvolle Arbeits- und Lernzeit verloren.

Dies führt nicht zuletzt zu einer Abwertung des Standorts der beiden Fakultäten der Universität Basel. Logischerweise werden bisher unentschlossene, angehende Studierende einen anderen, kompakteren Studienort bevorzugen, an dem keine tägliche Pendlerei nötig ist.

Studierende pendeln schon heute aus der gesamten Nordwestschweiz und dem nahen Ausland nach Basel. Eine Standortverlagerung würde die bereits pendelnden Studierenden zwingen, noch mehr zu pendeln. Ausserdem würde eine Standortverlagerung der beiden Fakultäten für die Studierenden nicht zuletzt einen finanziellen Mehraufwand bedeuten, da die Mehrheit der in Basel ansässigen Studierenden kein U-Abo besitzt. Somit spielt nebst dem Zeitfaktor auch der Kostenfaktor eine nicht zu vernachlässigende Rolle.

Des Weiteren sind die JFBS der Überzeugung, dass Studierende nicht benutzt werden sollten, um die Beziehung zwischen den beiden Kantonen zu verbessern. Den Preis für das angespannte Verhältnis zwischen BS und BL dürfen nicht die Studierenden bezahlen müssen.

Zuletzt würde das Projekt einerseits hohe Kosten verursachen, andererseits aber weder für die Dozierenden noch für die Studierenden einen Mehrwert bringen. Wir hätten es somit mit einer Lose-Lose-Situation zu tun.

Aus den genannten Gründen lehnen die Jungfreisinnigen Basel-Stadt die Idee der Standortverschiebung überzeugt ab.

Freundliche Grüsse

Jungfreisinnige Basel-Stadt

Weitere Auskünfte:

David Pavlu, Präsident, 076 426 98 06

Dalia Herzog, Vorstand, 079 869 15 18